

Eine Zäsur für die deutsche Erinnerungskultur

Nach dem 7. Oktober muss vieles anders werden



Foto: Jens Nober,
Museum Folkwang

Muchtar Al Ghusain, Beigeordneter für die Bereiche Jugend, Bildung und Kultur der Stadt Essen, Mitglied im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft

Der mörderische Angriff der Terroristen der Hamas am 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur, nicht nur für Jüdinnen und Juden Israels oder für Palästinenserinnen und Palästinenser in Gaza und weltweit. Dieser Tag und in seiner Folge der erneute Krieg im Gazastreifen ist auch eine Erschütterung für die Weltgemeinschaft, ist eine Erschütterung für Deutschland und auch für seine Erinnerungskultur, die bislang vor allem geprägt war durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Terror der Nazis, der Shoah mit Millionen Toten.

Deutschland hat einen Schutzauftrag für das jüdische Volk übernommen, und so ist es beschämend zu erleben, dass jüdische Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erneut Angst haben müssen um ihr Leben, ihre Unversehrtheit, um ihr Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben. Dass sie erneut markiert werden als »die Anderen«. Ihre Einrichtungen müssen heute aufwändig polizeilich gesichert werden. Es ist bestürzend, dass es (muslimische und nichtmuslimische) Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gibt, die sich – auch öffentlich – mit dem Terror der Hamas solidarisieren. Ist es Unkenntnis oder Leugnung der Geschichte, die sie nur eine Seite des Nahostkonflikts wahrnehmen lässt? Dabei haben auch viele Musliminnen und Muslime

derzeit Angst – sie verabscheuen den Terror und wünschen sich Frieden und fürchten zugleich um ihre Zukunft in Deutschland –, ein Gefühl der Verlorenheit und neuen Heimatlosigkeit macht sich bei vielen Zugewanderten breit. Dies wiederum führt zu zorniger Radikalität, der dann mit noch größerer Härte begegnet werden muss. Ein fataler Teufelskreis und genau das, was die Rechtsextremen immer gewollt haben und womit sie seit Monaten den Diskurs bestimmen und die Politik vor sich hertreiben.

Erst vor wenigen Monaten hat der Deutsche Städtetag ein Positionspapier zur Erinnerungskultur vorgelegt (»Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur«, März 2023). Vielleicht muss der Abschnitt zur Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft jetzt noch einmal überarbeitet werden. Es heißt dort, dass die Multiperspektivität, die durch die Zugewanderten hinzugekommen ist, Teil der deutschen Erinnerungskultur sein soll. Im Lichte der jüngsten Ereignisse klingt dies jedoch zu unverbindlich, wenn nicht naiv. Es ist ein Ausdruck von gewachsener Weltoffenheit und Integrationsbereitschaft, diese Perspektive in den Diskurs der Erinnerungskultur aufzunehmen. Angesichts der jüngsten Angriffe auf Israel wird aber auch schlagartig klar, dass es für die deutsche Position keinen

Spielraum geben darf für Missinterpretation und Relativierung. Der Wunsch, auch den Opfern der palästinensischen Seite eine Stimme zu geben, führt viele an die Grenzen des angemessenen Sagbaren. Vor dieser Überforderung scheinen derzeit auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Kunst und Kultur zu stehen, und sie müssen sich dafür kritisieren lassen, ja, werden als feige bezeichnet – oder bereits das Schweigen wird als antisemitisch gedeutet. Wie aber kann man empathisch formulieren, so dass man nicht mit der Empathie für die eine Seite die Opfer der anderen relativieren oder gar beschweigen muss?

Auffallend ist, wie unterschiedlich deutsche Positionen derzeit ausfallen können: Der offene Brief von 250 deutschen Filmschaffenden formuliert beispielsweise: »Wir stehen vorbehaltlos an der Seite aller [...] Jüdinnen und Juden [...]. Wir treten uneingeschränkt für das [...] Recht auf Selbstverteidigung ein. [...] Wir verurteilen ohne Wenn und Aber den Terrorangriff [...]«. Klare Kante, aber kein Wort zu den Opfern auf palästinensischer Seite. In der Positionierung ebenfalls eindeutig, aber deutlich differenzierter ist die Formulierung, die der Kulturrat NRW mit der Kulturpolitischen Gesellschaft und zahlreichen Kulturverbänden (Runder Tisch Diversität NRW) veröffentlicht hat: »Wir [...] trauern um alle Menschenleben, die dem bruta-

len Terrorangriff der Hamas und den kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt zum Opfer gefallen sind und weiter zum Opfer fallen, und fühlen mit deren Angehörigen und Freunden. Das Existenzrecht Israels ist unangreifbar und Terror ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir erklären uns solidarisch mit allen Menschen, die für eine gewaltfreie Zukunft in der Region arbeiten [...]. Die islamistischen Terroristen der Hamas sind kein Teil einer solchen Friedensperspektive, sie sind ihr größtes Hindernis.« Ist der Unterschied nur ein gradueller oder doch ein sehr prinzipieller?

Auch wenn zahlreiche zugewanderte Musliminnen und Muslime oftmals über wenig historische Kenntnisse verfügen (wie auch viele der deutschen Mehrheitsgesellschaft) oder die Geschichte der Shoah nicht wahrhaben wollen, so beschreiben sie vielfach ein Gefühl der Asymmetrie in der Empathie für die Opfer, die weite Teile der muslimischen Gesellschaft verbittert und frustriert und dazu beiträgt, dass propalästinensische Demonstrationen völlig aus dem Ruder laufen und sogar in die absurde Forderung nach einem Kalifatstaat münden können. Zu denken geben muss, dass es offenkundig bis heute nicht gelungen ist, das deutsche Narrativ, das sich primär aus seiner Vergangenheit als NS-Terrorstaat ableitet, auch den Men-

schen zu vermitteln, die aus muslimisch geprägten Staaten zugewandert sind. Dies zu vermitteln wird deshalb eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre sein, denn es wird nicht ausreichen, nur eine (möglicherweise auch gesetzlich) vorgegebene Sammlung an No-Go-Sätzen und -Formulierungen zu definieren, die zu propagieren verboten sein wird. Dies allein wird Antisemitismus nicht besiegen.

Das Bedrückende ist, dass es keine einfachen Antworten gibt. Erinnern wir uns an die Endphase des Zweiten Weltkriegs: Obwohl die Niederlage Deutschlands absehbar war, bombardierten die Alliierten deutsche Städte und töteten dabei Tausende Zivilisten – Kinder, Frauen, Alte, Flüchtlinge. Zweifellos waren dies Kriegsverbrechen und doch steht es uns nicht zu, dies als »Bombenterror« (so in der Sprache der Nazis) zu bezeichnen. Richard von Weizsäcker ging 1985 in seiner Rede zum 40-jährigen Kriegsende so weit, die Niederlage Deutschlands als Befreiung zu bezeichnen. Zu Recht. Auch heute wird man in der Brutalität der Kriegslogik die vielleicht bevorstehende völlige Niederlage der Hamas einschließlich Tausender ziviler Opfer auf palästinensischer Seite trotzdem am Ende als Befreiung bezeichnen. Die Regeln des Krieges werden in Friedenszeiten geschrieben und im Krieg gebrochen. Irgendwann

aber wird es ein ›danach‹ geben. Für die künftige deutsche Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft bedeutet das neue und große Anstrengungen – der Spagat zwischen der Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson (und dem Schutzauftrag für Jüdinnen und Juden in Deutschland) und der Empathie für traumatisierte und mitfühlende Zugewanderte aus muslimischen Ländern (und auch die entschiedene Zurückweisung irregeleiteter radikaler Islamisten) wird den Friedenswillen und die Versöhnungsbereitschaft aller maximal herausfordern. Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die damalige »Unfähigkeit zu trauern« (Alexander und Margarete Mitscherlich) heute einem Mut zum Weinen, Klagen und Trauern der ganzen Gesellschaft weichen, sollten wir Jüdinnen und Juden in unsere Arme und Musliminnen und Muslime in unsere Mitte nehmen und reden, zuhören und einander akzeptieren und verstehen wollen, damit allen Dystopien zum Trotz einmal Frieden möglich wird. Frieden gibt es nur für beide Seiten gemeinsam. Wir haben viel zu tun in den nächsten Jahren, in unseren Kultur- und Bildungsinstitutionen, in den Betrieben, Religionsgemeinschaften, in Sportvereinen und Wohlfahrtsverbänden, in Jugendgruppen, Verwaltungen und Ministerien. Und wir werden vieles anders machen müssen. ■